

Martin Wengeler (Trier)

Unwort des Jahres – Diskurssensibilisierung oder Medien-Hype?

Die sprachkritische Aktion „Unwort des Jahres“ gibt es seit dem Jahr 1991. Sie wurde von Horst Dieter Schlosser bei einer Veranstaltung des Frankfurter Zweigvereins der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) mit der Frage „Brauchen wir ein Unwort des Jahres?“ eher unfreiwillig ins Leben gerufen. Unfreiwillig deshalb, weil ein bei der Veranstaltung anwesender dpa-Journalist aus der Frage in einer Presseerklärung den Beginn einer Suche nach einem solchen „Unwort des Jahres“ machte. Es gingen daraufhin dreihundert Unwort-Vorschläge ein, und „ausländerfrei“ wurde zum ersten „Unwort des Jahres“ gewählt. So war eine wortkritische Aktion aus der Taufe gehoben, die bis heute sowohl in der Öffentlichkeit wie im Fach viel beachtet wird und umstritten ist. Jahr für Jahr zieht die Unwort-Wahl eher mehr als weniger mediale Aufmerksamkeit auf sich. Sie gilt daher im Fach z.T. noch vor der Verkündung eines „Wortes des Jahres“ als die am breitesten wahrgenommene Möglichkeit, das Thema Sprache bzw. politische Relevanz von Sprache/von Wortwahl öffentlichkeitswirksam zu platzieren und somit sprachliche Sensibilität und sprachkritische Reflexion in der Öffentlichkeit zu fördern.

„Die Aktion ‚Unwort des Jahres‘ [...] lenkt [...] den sprachkritischen Blick auf Wörter und Formulierungen in allen Feldern der öffentlichen Kommunikation, die gegen sachliche Angemessenheit oder Humanität verstoßen“ (<http://www.unwortdesjahres.net/index.php?id=grundsaeetze>). Es gibt vier Kriterien, nach denen „Unwörter“ gewählt werden: Sie müssen entweder „gegen das Prinzip der Menschenwürde verstoßen“, „gegen Prinzipien der Demokratie verstoßen“, „einzelne gesellschaftliche Gruppen diskriminieren“ oder „euphemistisch, verschleiern oder gar irreführend sein“ (ebd.). Zudem müssen sie in dem betreffenden Jahr öffentlich geäußert worden und insofern aktuell sein.

Die gewählten Unwörter stammen vor allem aus vier thematischen Feldern: Aus dem Bereich Wirtschaft und Soziales (*Wohlstandsmüll* (für Menschen), *Entlassungsproduktivität*, *Humankapital*, *betriebsratsverseucht*), aus dem thematischen Feld kriege-

rische Auseinandersetzungen (*Kollateralschaden, ethnische Säuberung, Gotteskrieger*), aus dem Umgang mit Zuwanderung/„Fremden“ (*ausländerfrei, Überfremdung, freiwillige Ausreise, Sozialtourismus*) und in den letzten Jahren verstärkt aus der Auseinandersetzung mit den erstarkten Rechtsextremen oder Rechtspopulisten (*alternative Fakten, Volksverräter, Gutmensch, Lügenpresse*). Gerade bezüglich Letzterem hat sich herauskristallisiert, dass sich die Jury mit ihrer Wahl auch in den politischen Auseinandersetzungen positioniert, insofern sie dazu beitragen möchte, die Grenzen des öffentlich Sagbaren nicht immer weiter in Richtung Menschenfeindlichkeit und antidemokratische Tendenzen verschieben zu lassen.

Als Mittel dazu stehen der Jury der Presseauftrag an alle, Vorschläge für das Unwort des Jahres einzureichen, die Presseerklärung sowie die Pressekonferenz der Sprecherin der Jury zur Verfügung – alles Formate/Textsorten, in denen auf knappem Raum die Begründung für die Wahl geliefert werden muss. Da es sich tatsächlich um eine ehrenamtliche Aktivität handelt, fließen neben dem allgemeinen linguistischen und politischen Sachverstand und Aufklärungswillen der Jury-Mitglieder nur sehr oberflächliche Gebrauchsanalysen in die Wahl und in die Begründung ein. Somit erhebt die Aktion auch nicht den Anspruch, eine sprachwissenschaftlich bzw. diskursanalytisch gut begründete Wahl zu treffen, wohl aber, dass die selbsterstellten Kriterien sorgfältig geprüft werden und der linguistische Hintergrund der Jury-Mitglieder z.B. garantiert, dass Wort und Sache nicht verwechselt werden, wie es leider bei vielen eingesendeten Vorschlägen der Fall ist.

Kann die Aktion vor diesem Hintergrund eine sinnvolle und ernst zu nehmende Diskursintervention sein? Die zitierten Kriterien sind keine linguistischen, sondern moralisch-ethische Kriterien. Daraus ergibt sich beinahe zwangsläufig, dass die Aktion in den öffentlich-politischen Diskurs eingreift. Dass sie dies jenseits der kurzen medialen Aufmerksamkeit Mitte Januar jedes Jahres leistet, dafür haben wir keine zuverlässigen Belege. Wir können diesbezüglich nur die kurzfristigen Reaktionen auf die

Wahl registrieren. Diese müssten ebenso systematisch ausgewertet werden wie Frequenzuntersuchungen des Gebrauchs der gewählten Wörter erste Anhaltspunkte für eine Wirkung der Aktion liefern können. Zu den kurzfristigen Reaktionen sollen im Vortrag Beispiele geliefert werden, anhand derer diskutiert werden kann, ob die Aktion eine sinnvolle Diskursintervention leisten kann. Grundsätzlich reicht die öffentliche Reaktion auf die „Verkündung“ des Unworts von allgemeiner Zustimmung zu einer solchen wortkritischen Aktion über das je spezifische Begrüßen der aktuellen Wahl bis zur pauschalen Ablehnung der Aktion und den in den Sozialen Netzwerken erwartbar hasserfüllten Reaktionen auf einzelne Wahlen wie *Volksverräter* oder *Lügenpresse*.

Es gibt zwei sprachtheoretisch begründete Positionen zum Sinn der Unwort-Wahlen: Sie sind für diejenigen problematisch, die „[b]ezüglich der Sprachentwicklung im Allgemeinen von dem Grundsatz ‚leave your language alone‘ und bezüglich des Euphemismus-Begriffs von einer Skepsis im Sinne Heringers [ausgehen]: Wer ein Wort als Euphemismus charakterisiere, also als eines, das die Wirklichkeit verschleiert, müsse sich selbst einen privilegierten Zugang zur Realität zuschreiben (vgl. Heringer 1982: 16). Auf der anderen Seite aber steht die Überzeugung – im Sinne W.v.Humboldts – von einem engen Zusammenhang von Sprache und Denken und somit auch davon, dass ‚Welt‘, ‚Wirklichkeit‘ sprachlich konstituiert und organisiert wird.“ (Wengeler 2013, 17) Angesichts dieser Ambivalenz lassen sich Unwort-Wahlen einerseits wissenschaftsstrategisch damit rechtfertigen, dass damit die Öffentlichkeit einmal im Jahr auf Sprache und die Arbeit von SprachwissenschaftlerInnen im Allgemeinen, auf die mit Sprache mögliche Beeinflussung gesellschaftlicher Wissens- und Machtkonstellationen im Besonderen aufmerksam gemacht werden kann. Andererseits lassen sie sich wissenschaftlich legitimieren, wenn mit der Wortkritik wenigstens ansatzweise eine Analyse gesellschaftlicher Diskurse verbunden ist. Dann kann eine wortkritische Aktion eine emanzipatorisch orientierte Sprachkritik

4

sein, „die über ‚bloße Nörgelei‘ hinausgeht und z.B. danach fragt, ‚wer eigentlich welchen Sachverhalt zu welchem Zweck verschleiert‘ (Seidl 2006), oder [...] z.B. auch darauf hinweist, welche semantischen Implikationen bestimmte Wortprägungen und vor allem bestimmte Wortgebräuche haben.“ (Schneider 2007, S. 20)

Als ein Erfolg der Aktion kann zumindest neben der öffentlichen Aufmerksamkeit die offensichtliche didaktische Brauchbarkeit der Aktion und der Begründungen angesehen werden: In zahlreichen Schulbüchern gerade neueren Datums werden zum Thema „Sprachkritik/Sprachreflexion“ die Unwort-Begründungen wiedergegeben und somit SchülerInnen dazu veranlasst, sich mit öffentlich-politischer Sprache zu beschäftigen.